

Zwischen Reproduktion und Transformation

Politisch-ökonomische Krisen in historisch-soziologischer Perspektive

Joris Steg

*Beitrag zur Veranstaltung »Aktuelle wirtschaftssoziologische Forschung« der Sektion
Wirtschaftssoziologie*

Einleitung¹

Die 2020 ausgebrochene Corona-Pandemie hat die Welt tief erschüttert und das gesamte Leben in rasender Geschwindigkeit verändert. Im Zuge der Corona-Krise wurden alte und vermeintlich fest verankerte Gewiss- und Gewohnheiten aufgelöst, Grundrechte und -regeln außer Kraft gesetzt, eigentlich unvorstellbare und in Friedenszeiten historisch beispiellose Einschränkungen des öffentlichen Lebens und individueller Freiheitsrechte von der Exekutive beschlossen. Dabei sind Krisen an sich eigentlich nichts Außergewöhnliches. Ganz im Gegenteil: Gerade in modernen kapitalistischen Gesellschaften sind Krisen geradezu allgegenwärtig. Tatsächlich gibt es gegenwärtig wohl kaum einen anderen Begriff, der den öffentlichen, politischen sowie wissenschaftlichen Diskurs in vergleichbarer Weise prägt. Krisendiagnosen haben Konjunktur, sodass sich der Eindruck aufdrängt, als lebten wir beständig in Krisenzeiten. Der Krisen-Topos scheint in der Moderne nachgerade die „Grundstimmung einer Epoche“ (Prisching 1986, S. 15) zu repräsentieren und sich „zur strukturellen Signatur der Neuzeit“ (Koselleck 1982, S. 627) entwickelt zu haben. Derzeit bestimmt Corona den Krisendiskurs. Vor der Corona-Pandemie waren die Klimakrise und die als Krise etikettierten Flucht- und Migrationsbewegungen – die so genannte „Flüchtlingskrise“ – die medienbeherrschenden Krisenphänomene. Und vor mehr als zehn Jahren erschütterte die globale Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise die Welt.

Nach Ausbruch der Krise, die ihren Ausgang 2007 als Subprime-Krise in den USA nahm, hatte es den Anschein, als stünden die demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften des Westens vor tiefgreifenden Umbrüchen. Die Krise schien einen Wendepunkt zu markieren, sie wurde frühzeitig als „Jahrhundertkrise“ (Bischoff 2009; Altvater 2010) interpretiert und als „große Transformationskrise“ (Dörre 2009, S. 70) gedeutet, als Krise also, die den Kapitalismus an sich sowie das Verhältnis zwischen Politik

¹ Im vorliegenden Beitrag greife ich Fragestellungen aus meinem Buch „Krisen des Kapitalismus. Eine historisch-soziologische Analyse“ (Steg 2019) auf und beziehe die Corona-Krise mit ein.

und Ökonomie, zwischen Staat und Markt grundlegend verändern werde. Papst Franziskus (2013) klagte in seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii Gaudium*, dass „diese Wirtschaft tötet“ und forderte: „Wir dürfen nicht mehr auf die blinden Kräfte und die unsichtbare Hand des Marktes vertrauen“. Finanzmarktkapitalismus und Neoliberalismus schienen diskreditiert, ein starker Staat und keynesianische Wirtschaftspolitik standen plötzlich wieder auf der politischen Agenda. Die „Rückkehr des Staates“ (Heinze 2009) und die „Rückkehr des Meisters“ (Skidelsky 2010) wurden proklamiert.

Schon kurz nach Ausbruch der Krise war allerdings nur noch wenig von fundamentalem Wandel zu spüren. Bereits ab 2010 veränderten sich, speziell in Deutschland, Krisendiskurs und Krisenwahrnehmung. Es wurde kaum mehr von der Banken-, Finanz- oder Wirtschaftskrise gesprochen, sondern von der (Staats)Schuldenkrise oder der Euro-Krise. Spätestens ab 2012/13 hatte sich das ökonomische Krisenbewusstsein völlig verflüchtigt. Es gab einen Bruch in der Kriseninterpretation und eine „Neudefinition der Krise“ (Tooze 2018, S. 16): Die Krise wurde fortan nicht mehr primär als ökonomische Krise bzw. genauer als Krise des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus, sondern vor allem als politische Krise wahrgenommen. Demzufolge standen auch Staat und Politik unter Handlungs- und Rechtfertigungsdruck. Nach neoliberalen Credo lag der Weg aus der Krise darin, dass die Staaten ihre Schulden abbauen, Strukturreformen einleiten und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken müssten. Die Forderungen nach einem politisch-ökonomischen Paradigmenwechsel, nach einem starken und weitreichend intervenierenden Staat sind – ebenso wie die Forderungen nach einer weitreichenden Regulierung der Banken und Finanzmärkte – nach 2010 sukzessive verklungen.

Im Endeffekt hat die 2007 ausgebrochene globale Finanz- und Wirtschaftskrise bisher nicht viel verändert, obwohl dies vor allem auf dem Höhepunkt der Krise in den Jahren 2008 und 2009 undenkbar schien. Die Krise hat keinen signifikanten politischen und ökonomischen Kurswechsel bewirkt. Vielmehr lässt sich nach der Krise eine geradezu „absurde Beharrungskraft“ (Mirowski 2015, S. 219) marktliberaler Ansichten und das überaus „befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2011) bilanzieren. Diese überraschende und paradox anmutende Konstellation, dass die schwerste ökonomische Krise seit der Great Depression 1929ff. ausgebrochen ist, diese Krise aber nicht zu gravierenden Veränderungen geführt hat, ist erklärungsbedürftig. Warum ist nach dieser Krise so wenig passiert? Und allgemeiner: Wann und warum sind Krisen Transformationskrisen – und wann und warum ändert sich in und durch Krisen gerade nichts?

Der vorliegende Artikel befasst sich mit den Auswirkungen von Großen Krisen des Kapitalismus auf das Verhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus sowie die Rolle des Interventionsstaates. Konkret soll herausgearbeitet werden, inwieweit und aufgrund welcher Faktoren Krisen transformativ wirken und das historisch-spezifische Arrangement zwischen Demokratie und Kapitalismus umordnen – bzw. aufzuzeigen, wann und warum eine Krise die politisch-ökonomische Ordnung reproduziert. Dazu werden zunächst in einem theoretisch gehaltenen Abschnitt Krisen und Transformationskrisen definiert. Sodann werden in einem Vergleich die Großen Krisen des Kapitalismus – die Great Depression 1929ff., die Stagflationskrise 1973ff. sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff. – in ihren Ursachen, ihrem Verlauf und ihren Folgewirkungen betrachtet. Die historisch-soziologische Analyse mündet in die These ein, dass sich Krisen als dialektische Doppelinstanz zwischen Reproduktion und Transformation bewegen. Daran anschließend wird ein Versuch unternommen, die Folgen der Corona-Krise einzuordnen und zu bewerten, ob sich die Corona-Krise zu einer politisch-ökonomischen Transformationskrise auswachsen wird. Abschließend werden die Bedingungen und Voraussetzungen für eine Transformation zusammengefasst.

Krisen und Transformationskrisen

Obwohl Moderne und Krise unauflöslich miteinander verbunden zu sein scheinen und obwohl permanent Krisen diagnostiziert werden, haben sich weder eine allgemeingültige Definition des Krisenbegriffs noch ein allseits akzeptiertes Verständnis über die Entstehungskontexte, Ursachen, Verläufe und Folgen von Krisen herausbilden können (zum Krisenbegriff vgl. Steg 2019, S. 163–249; Steg 2020a). Dies gilt auch und gerade für die Soziologie, obgleich sie sich historisch als Krisenwissenschaft etabliert und konstituiert hat. Mithin wird in der Soziologie, etwa in der Systemtheorie Niklas Luhmanns, gänzlich auf den Krisenbegriff verzichtet und Krise mit der Gesellschaft an sich gleichgesetzt: „Wie in einem unbeabsichtigten perversen Effekt kommt bei ständigen Krisendiagnosen nach und nach heraus, dass es sich gar nicht um Krisen handelt, sondern um die Gesellschaft selbst“ (Luhmann 1991, S. 148). Zum Teil werden Krisen auch als Normal- oder als Dauerzustand angesehen. So sei der Ausnahmezustand mittlerweile der Normalfall (Nassehi 2012). Moderne Gesellschaften befänden sich strukturell „im Modus der Dauerkrise“ (Reckwitz 2018, S. 437). Die Moderne müsse als „Krisenkultur“ und der Mensch in der Moderne folglich als „Krisenwesen“ (Schulze 2011, S. 43, 37) verstanden werden.

Die Krise als Normalität oder auch, wie jetzt in Corona-Zeiten vermehrt zu hören ist, den Krisenzustand als „neue Normalität“ zu verstehen, ist jedoch ein begriffslogischer und analytischer Irrtum. Krisen sind kein Dauer- oder Normalzustand, sondern stets zeitlich begrenzte Ausnahmesituationen. Krisen können lange andauern, aber per definitionem nicht Dauerzustand sein. Dann nämlich bräuchte es den Begriff Krise nicht mehr, denn wenn alles immer Krise ist, ist nichts Krise. Krise würde identisch mit Normalität. Krisen beziehen sich aber gerade auf Abweichungen von der Normalität. Generell lassen sich Krisen in einer Minimaldefinition als sich zuspitzende Entscheidungsphasen mit prinzipiell offenem Ausgang bezeichnen. Allgemein und abstrakt können Krisen als nicht-intendierte und nicht-gewollte Abweichungen von der Normalität, von der störungs- und problemfreien Funktionsweise und Entwicklung eines sozialen Organismus bzw. eines gesellschaftlichen Systems definiert werden. Krisen sind zwar insofern normale Phänomene, weil sie, gerade in modernen kapitalistischen Gesellschaften, zur gesellschaftlichen Entwicklungsweise dazugehören, aber weil es sich zugleich um Abweichungen von der Normalität handelt, kann man präziser von „normalen Anomalien“ (Steg 2019, S. 174; Steg 2020a, S. 128; Steg 2020b) sprechen.

Große Krisen des Kapitalismus sind der Bezugsrahmen der vorliegenden Analyse. Die Unterscheidung zwischen Großen und kleinen Krisen entstammt der Regulationstheorie (Lipietz 1998, S. 24–58). Gramsci (1993, S. 1069f.; 1996, S. 1556–1587) spricht von organischen und konjunkturellen Krisen. Im Zentrum des Interesses stehen polit-ökonomische Systemkrisen, in denen das historisch-spezifische Arrangement zwischen Demokratie und Kapitalismus zur Disposition steht. Große Krisen sind entscheidende Knotenpunkte und Wegmarken der politisch-ökonomischen Entwicklung und besitzen, so die These, enormes transformatorisches Potenzial. Strukturelle Wandlungen des Kapitalismus sowie des Verhältnisses zwischen Demokratie und Kapitalismus vollzogen sich bislang gewöhnlich im Zuge von Großen Krisen.

Transformationskrisen führen zu einem substanziellen Pfad- und Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus und zu einer neuen Rolle des Interventionsstaates (Steg 2019, S. 219–247). Es geht, mit Polanyi (2013) gesprochen, um den transformativen Wandel von einem gesellschaftlich „entbetteten“ zum gesellschaftlich „eingebetteten“ Kapitalismus und vice versa. Transformationskrisen sind dadurch charakterisiert, dass es zu einem fundamentalen Wandel zwischen einer der demokratisch-gesellschaftlichen Logik folgenden Interventionspraxis, die die kapitalistischen

Marktprozesse und -ergebnisse weitreichend reguliert, und einer den kapitalistischen Maximen folgenden Interventionspraxis des Staates, die auf die Selbstregulierung der kapitalistischen Marktlogik setzt, kommt. Dies hat auch Auswirkungen auf das Ausmaß der sozialen Ungleichheit: Politisch-ökonomische Entwicklungsetappen bzw. Entwicklungsmodelle, die durch eine Einbettung der Wirtschaft und eine relative Dominanz der demokratisch-gesellschaftlichen Interventionslogik gekennzeichnet sind, sind durch eine Tendenz zur Gleichheit bzw. Verringerung der Ungleichheit charakterisiert, während Entwicklungsmodelle, in denen der Kapitalismus entbettet ist und die kapitalistische Logik dominiert, durch eine Tendenz zur Ungleichheit charakterisiert sind. Transformationskrisen führen also auch zu einem Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Gleichheit und Ungleichheit.

Große Krisen in historischer Perspektive

Bis zum Ausbruch der Corona-Krise gab es in der Geschichte des Kapitalismus vier Große Krisen: die Große bzw. Lange Depression 1873–1895, die Great Depression 1929ff., die Stagflationskrise 1973ff. sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff. (zur ausführlichen Krisenanalyse vgl. Steg 2019, S. 251–387). Auf die Große Depression 1873-1895 wird an dieser Stelle nicht näher eingegangen, weil damals nicht alle kapitalistischen Länder auch demokratisch verfasst waren. Die beiden Großen Krisen im 20. Jahrhundert waren politisch-ökonomische Transformationskrisen. Sie markieren historische Zäsuren und führten zu gravierenden Einschnitten in der politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen, kulturellen und ideologischen Entwicklung. Sowohl die Great Depression als auch die Stagflationskrise veränderten Rolle und Funktion des Staates und bewirkten einen Paradigmenwechsel im Verhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus sowie zwischen Gleichheit und Ungleichheit – allerdings unter umgekehrten Vorzeichen.

Die auf dem Laissez-faire-Prinzip beruhende Entwicklungsphase, die sich mit der Entstehung und Durchsetzung des modernen Industriekapitalismus herausgebildet und fortan die politisch-ökonomische Entwicklung geprägt hatte, gelangte nach der Weltwirtschaftskrise 1929ff. an ihr Ende: Die Krise hatte eine massive Ausweitung der wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierungen des Staates zur Folge. Der Keynesianismus bildete die praktische Basis und die theoretische Grundlage der staatlichen Interventionspolitik. Statt durch einen gesellschaftlich entbetteten Kapitalismus und ein sich selbst regulierendes Marktsystem ist die auf die Great Depression folgende Entwicklungsphase durch die staatliche Regulierung der Ökonomie sowie den Auf- und Ausbau des Wohlfahrtsstaates und damit durch einen gesellschaftlich eingebetteten Kapitalismus charakterisiert. Diese Epoche ist folglich auch durch eine Tendenz zur Gleichheit bzw. Verringerung der Ungleichheit gekennzeichnet. Die Great Depression führte jedoch nicht überall direkt nach Ausbruch der Krise zur Etablierung eines wohlfahrtsstaatlich-keynesianisch regulierten Kapitalismus. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich dieses Modell im Westen flächendeckend durch.

Demgegenüber ist die durch die Stagflationskrise eingeleitete Transformation durch einen säkulareren Prozess der Entbettung der kapitalistischen Marktwirtschaft charakterisiert. Der Staat hat nach Ausbruch der Krise sukzessive immer mehr auf finanz-, wirtschafts- und sozialpolitische Regulierungen verzichtet und stattdessen die Wirtschaft sich selbst überlassen. Der Keynesianismus wurde abgelöst, der Neoliberalismus – der umfassende Prozess der Liberalisierung, De-Regulierung, Privatisierung, Kommodifizierung und Finanzialisierung – wurde nach der Stagflationskrise hegemonial. Als Folge dieses Paradigmenwechsels zwischen Demokratie und Kapitalismus hat die soziale Ungleichheit massiv zugenommen.

Bei der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise muss mehr als zehn Jahre nach Ausbruch konstatiert werden: Die Krise hat sich, auch wenn es zwischenzeitlich den Anschein hatte, als sei der Neoliberalismus an sein historisches Ende gelangt, bislang nicht zu einer politisch-ökonomischen Transformationskrise ausgewachsen. Der Neoliberalismus wurde noch nicht abgelöst. Bis heute hat die Krise nicht zu einem Paradigmenwechsel zwischen Demokratie und Kapitalismus, zwischen Staat und Markt geführt – und damit auch nicht zu einem Paradigmenwechsel zwischen Gleichheit und Ungleichheit. Dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise bislang keine politisch-ökonomische Transformationskrise ist, bedeutet allerdings nicht, dass die Krise zu gar keinen Veränderungen geführt hat. Im langen Krisenzyklus seit 2008/09 gab es weitreichende Verschiebungen im politischen Feld. So kam es – in manchen Ländern bereits unmittelbar nach Krisenausbruch bzw. nach der Implementierung einer rigiden Austeritätspolitik, in anderen Ländern wie Deutschland vor allem im Zuge der Flucht- und Migrationsbewegungen ab 2015 – zu einer gestiegenen Politisierung und Polarisierung. Parallel dazu kam es zu einem massiven Erstarren des Rechtspopulismus bzw. Nationalismus.

Dieser autoritäre Rechtsruck bzw. Backlash verweist allerdings zumindest bislang nicht auf ein endgültiges Ende des Neoliberalismus. Der erstarkte Rechtspopulismus bzw. Nationalismus erweist sich in seiner gegenwärtigen Form nicht als oppositionelle Gegenbewegung oder systemische Alternative zum Neoliberalismus, sondern muss in polit-ökonomischer Perspektive vielmehr als Ergänzung und regressiv-nationalistische Modifikation des Neoliberalismus interpretiert werden – sodass bis zum Ausbruch der Corona-Krise ein Amalgam oder Hybrid aus Neoliberalismus und autoritärem Rechtspopulismus bzw. Nationalismus, das als nationalistisch-neoliberales oder als neonational-neoliberales Entwicklungsmodell (Steg 2019, S. 419–431) bezeichnet werden kann, das wahrscheinlichste polit-ökonomische Entwicklungsszenario für die nähere Zukunft zu sein schien.

Krisen als dialektische Doppelinstanz

Große Krisen besitzen auf der einen Seite zwar enormes transformatorisches Potenzial. Auf der anderen Seite aber scheint es in Krisen immer auch, mit Marx (2008, S. 242–250) gesprochen, „entgegenwirkende Ursachen“ zu geben. Krisen können die politisch-ökonomischen Verhältnisse transformieren, sie können aber auch den gegenteiligen Effekt haben und die bestehenden Verhältnisse reproduzieren. Krisen bewegen sich insofern als dialektische Doppelinstanz zwischen Reproduktion und Transformation (Steg 2019, S. 389–418). Krisen folgen keiner übergeordneten historischen Logik. In Krisen – auch in Großen Krisen – gibt es keinen Automatismus, Determinismus oder gar Teleologismus. Der Ausbruch einer Großen Krise allein führt keinesfalls zwangsläufig zu transformativem Wandel. Große Krisen sind eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Transformationen. Große Krisen stellen historische Knotenpunkte und Scheidewegsituationen dar. Als geschichtlich offene Phasen verweisen Krisen auf eine kontingente, aber gestaltbare Zukunft. Krisen eröffnen Möglichkeitsräume, Gelegenheitsfenster und neue Entwicklungsoptionen. Denn Krisen können Entwicklungen anstoßen, von denen ungewiss ist, ob sie ohne Krise überhaupt möglich wären. Weil sich in Krisen Fehlentwicklungen offenbaren, wird der bisherige Entwicklungsmodus in Frage gestellt. Krisen können insofern tradierte Glaubenssätze, Selbstverständlichkeiten und Wahrheiten diskreditieren und delegitimieren, in Krisensituationen werden die angebliche Schicksalhaftigkeit und Alternativlosigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse brüchig. Auf diese Weise erschließen Krisen Kritik-, Interventions-, Handlungs- und Gestaltungsoptionen.

Krisen sind stets konfliktive Phasen, es sind (Klassen)-Kämpfe um politische Hegemonie. In letzter Instanz sind die gesellschaftlichen Macht-, Kräfte- und Hegemonieverhältnisse der entscheidende Faktor, ob es im Zuge einer Großen Krise zu einer Transformation im Verhältnis zwischen Demokratie und Kapitalismus kommt – und in welche Richtung die Transformation geht. Zudem sind die Rezeption und Perzeption von Krisen sowie die Etablierung eines neuen Narrativs von zentraler Bedeutung. Bei der Frage, welcher Weg nach einer Krise gewählt wird, ist nicht zuletzt entscheidend, welche Alternativen bestehen und mehrheitsfähig sind. Vor allem müssen sich gesellschaftliche Akteure formieren, die stark genug sind, diesen Wandel politisch um- und durchzusetzen. Es muss sich ein „historischer Block“ (Gramsci 1994; 1996) gesellschaftlicher Kräfte bilden, der hegemonial wird und die Etablierung eines neuen politisch-ökonomischen Paradigmas durchsetzt. Dies ist nach den Krisen von 1929 und 1973 geschehen, nach der Krise von 2007 noch nicht. Im Ergebnis erfolgen Transformationen nur, wenn sich im Zuge einer Großen Krise ein Block gesellschaftlicher Akteure bildet, der stark genug ist, eine alternative polit-ökonomische Entwicklungslogik, die auf die Zustimmung breiter Bevölkerungsteile trifft, durchzusetzen.

Nicht nur in Bezug auf die Frage, ob es nach einer Krise überhaupt zu einer Transformation kommt, sondern auch in Bezug auf die Richtung der möglichen Veränderungen nach einer Krise gibt es keinen Automatismus und Determinismus: Krisen können gewiss progressive Folgen haben. Krisen können aber auch, wie insbesondere die Great Depression mit Blick auf Deutschland dokumentiert, regressive bzw. reaktionäre Folgen haben, sie können zu Populismus, Autoritarismus, Autokratismus, sogar zu Diktatur, Nationalismus und Faschismus führen. Krisen müssen keineswegs zu einer Stärkung linker und progressiver Strömungen führen. Krisen können ganz im Gegenteil auch einen Rechtsruck nach sich ziehen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu Beginn des 21. Jahrhunderts verdeutlicht diese Entwicklungsmöglichkeit ebenfalls. In Krisen wirkt insofern eine doppelte Dialektik: Krisen bewegen sich zwischen Reproduktion und Transformation sowie zwischen Regression und Progression.

Die Corona-Krise als Transformationskrise?

Die Corona-Krise ist bereits die zweite Große Krise im 21. Jahrhundert – wobei es durchaus wahrscheinlich ist, dass die Zeitspanne ab 2007 bis zur endgültigen Überwindung der Corona-Krise retrospektiv als eine lange Krise mit verschiedenen Aufschwung- und Abschwungphasen wahrgenommen werden wird. Zusätzlich zur Corona-Krise muss auch die Klimakrise berücksichtigt werden. Angesichts der Schwere der Corona-Krise bzw. der aktuellen Krisenfiguration wird nun abermals vielfach behauptet, dass diese Krise eine Zäsur und ein historischer Epochenbruch sei, dass die Welt nach Corona eine andere sein werde. Wie schon nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise proklamieren erneut nicht nur überzeugte KapitalismuskritikerInnen ein Ende des Neoliberalismus. So ist etwa Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), der Ansicht, „dass die Corona-Krise so etwas wie der letzte Sargnagel für den Neoliberalismus ist“ (Fratzscher 2021). In der Wochenzeitung „Die Zeit“ wird gar über ein Ende des Kapitalismus spekuliert und gefragt, ob „der Kapitalismus seinen Zenit in diesem Jahr 2020 überschreitet“ und „sich an sich selbst verschluckt“ (Raether et al. 2021).

Aber auch hier gilt wieder: Es gibt in Krisen keinen Automatismus – auch nicht in der Corona-Krise. Es ist eine falsche Vorstellung, dass in und durch Krisen etwas passieren muss. Es ist auch keinesfalls jede Krise eine Chance. Darauf haben jüngst etwa Klaus Dörre (2020a) und Stephan Lessenich (2020)

völlig zu Recht hingewiesen. Wie die Welt nach Corona aussehen wird, ist keineswegs ausgemacht. Wie jede Große Krise ist auch die Corona-Krise ein Knotenpunkt, an dem verschiedene Entwicklungsoptionen denkbar sind. Mindestens vier Entwicklungswege erscheinen derzeit möglich: Es ist erstens möglich, dass sich bisherige politisch-ökonomische Entwicklungstendenzen und Entwicklungstrends, die sich seit der Großen Krise von 2007 und den großen Flucht- und Migrationsbewegungen von 2015 abzeichnen, fortsetzen, intensivieren und verstärken werden. Zweitens besteht die Möglichkeit eines Green Growth bzw. eines grünen Kapitalismus, also einer zwar grünen, aber weiterhin marktliberalen, technologiegetriebenen, wachstumsfixierten und profitorientierten Entwicklungsrichtung. Drittens besteht die Möglichkeit eines Green (New) Deal, also einer Entwicklungsrichtung mit stärkeren regulatorischen und steuernden Eingriffen des Staates, die aber gleichwohl innersystemisch operiert und an kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systemzwängen wie der Wachstumslogik nichts grundlegend ändert. Es ist aber viertens auch möglich, dass die Corona-Krise eine Trendumkehr und einen politisch-ökonomischen sowie sozial-ökologischen Paradigmenwechsel bewirkt. Dann würde die Corona-Krise in die Geschichte eingehen als Totengräber des politisch und ökonomisch gescheiterten Neoliberalismus und als Anstoß für eine progressive sozial-ökologische Transformation.

Meine These ist: Diese Krise wird etwas ändern, und zwar auf mehreren Ebenen. So wird diese Krise erstens beim individuellen Verhalten zu Veränderungen führen – das betrifft ganz banale Dinge wie die Begrüßung, aber auch das Mobilitäts- und Urlaubsverhalten, den Konsum, die Freizeitgestaltung, die Zusammenkünfte mit Freunden und Familien. Von Wandlungen betroffen sein wird zweitens auch die Arbeitswelt. So ist etwa zu erwarten, dass Home-Office eine stärkere Rolle spielen wird als vor der Corona-Krise. Drittens wird diese Krise die Digitalisierung vorantreiben – in Schulen, der Arbeitswelt und in der Verwaltung. Viertens wird es zu einem wirtschaftlichen Strukturwandel kommen. Bestimmte Branchen, Unternehmen und Technologien werden existenzielle Probleme bekommen, grünere Technologien werden wichtiger, die Dekarbonisierung der Wirtschaft wird voranschreiten, die stofflichen Grundlagen des Reproduktionsprozesses verschieben sich.

In der Frage aber, ob es zu einer politisch-ökonomischen Transformation kommt, bin ich skeptisch. Ein modifiziertes Weiter-So, Green Growth oder ein Green (New) Deal scheinen mir als Entwicklungsszenarien derzeit deutlich wahrscheinlicher als eine Great Transformation. Alle politisch-ökonomischen Änderungen, die sich andeuten und abzeichnen, klingen „eher nach einem modifizierten Weiter-So als nach radikalem Wandel“ (Dörre 2020b, S. 320). Noch pessimistischer diagnostiziert Blühdorn (2020, S. 237), „dass COVID-19 moderne Gesellschaften in keinerlei Hinsicht zu einem Abweichen von der bisher bestimmenden Logik bewogen hat“. In jedem Fall handelt es sich bei allen stattgefundenen und absehbaren Veränderungen um Wandlungen innerhalb des Systems. Der Profit als Steuerungsprinzip, die privatwirtschaftliche Gewinn- und Renditeorientierung sowie die Wachstumslogik bleiben unangetastet. Eine langfristig wirksame und nachhaltige Priorisierung der menschlichen Bedürfnisse oder der Umwelt gegenüber der Wirtschaft ist nicht erkennbar. Einen substanziellen Paradigmenwechsel zwischen Demokratie und Kapitalismus, eine Einbettung der Wirtschaft im polanyischen Sinne halte ich derzeit für nicht wahrscheinlich.

Die Corona-Pandemie hat gleichwohl eindrücklich gezeigt, dass der Staat benötigt wird. Ein bleibendes Erbe der Corona-Krise wird sein, dass der Staat eine stärkere Rolle spielen wird. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass Staat und Markt keine fundamentalen Gegensätze sind, ganz im Gegenteil. Die kapitalistische Marktwirtschaft ist grundsätzlich auf Interventionen des Staates angewiesen. Entscheidend ist die Logik der staatlichen Interventionen: Folgen diese demokratischen Prinzipien und sind an menschlichen bzw. gesellschaftlichen Bedürfnissen oder gar der Umwelt ausgerichtet oder an den Interessen der Wirtschaft bzw. des Kapitals und den Prinzipien des Marktes. Von zentraler Bedeutung für eine bevorstehende Transformation ist meiner Meinung nach der Umgang mit

dem kapitalistischen Wachstumsparadigma. Ökonomisches Wachstum ist – gerade in Deutschland – für Geschichte und Selbstverständnis von Demokratie, Sozialstaat und politischen Institutionen prägend. Seit dem Wirtschaftswunder bildet der Dreiklang aus Wachstum, Wohlstand und Wohlfahrt eine wichtige, wenn nicht gar die zentrale funktionale und legitimatorische Basis der politischen und ökonomischen Verhältnisse. Eine Abkehr vom Wachstumszwang aber scheint mir derzeit politisch weder gewollt noch durchsetzbar. Meiner Einschätzung nach wird der Staat in Zukunft zwar verstärkt und vermehrt in die Wirtschaft intervenieren, aber nicht um einen politisch-ökonomischen Paradigmenwechsel herbeizuführen, sondern um Bedingungen für (grünes) Wachstum zu schaffen. Es wäre eine Art *deja vu*. Wie schon nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise greift der Staat ein, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Die Autonomie des Marktes wird dabei aber nicht grundsätzlich angetastet. Der Staat würde abermals im Namen der Wirtschaft und im Dienst des Kapitals agieren, der Staat würde weiter nach neoliberalen Prinzipien funktionieren und hätte erneut das Überleben des Kapitals gerettet.

Die Corona-Krise ist eine „Tatsachenwahrheit“, um einen Begriff zu verwenden, der von Hannah Arendt und vor ihr von Gottfried Wilhelm Leibniz geprägt wurde: Tatsachenwahrheit impliziert aber eben auch, dass die politischen Konsequenzen und Maßnahmen verschieden ausfallen können, dass eine gewisse Kontingenz herrscht. Die Corona-Krise in Verbindung mit der Klimakrise bietet prinzipiell enormes Transformationspotenzial. Aber es hat sich immer noch kein hegemoniefähiger „historischer Block“ gebildet, der eine alternative politisch-ökonomische Entwicklung um- und durchsetzen könnte. Kurz: Akteure, Konzepte, Erzählung bzw. Leitmotiv und Strategien fehlen. Grundsätzlich brauchen Transformationen ein positives Narrativ, es muss eine Wechselstimmung geben und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft muss groß sein. Denn nur dann werden Veränderungen nicht als bedrohlich empfunden, sondern als notwendige Bedingung für Aufbruch und Verbesserung gegenüber der Gegenwart. In Corona-Zeiten aber ist bislang ein anderes Frame erfolgreich: Es geht darum, Schaden abzuwenden und zu minieren. Es geht darum, Schutz, Sicherheit und Geborgenheit zu garantieren. Und das heißt eben auch: kein unnötiges Risiko eingehen, nicht zu viel Veränderung wagen. Gegenwärtig ist der Wunsch nach Stabilität und Sicherheit, ist die Sehnsucht nach alter Normalität und nach der Rückkehr zum Status quo ante größer als der Wunsch nach Wandel und Transformation.

Bedingungen und Voraussetzungen für Transformation

Große Krisen sind die Voraussetzung für politisch-ökonomische Transformationen. Krisen stellen Gelegenheitsfenster dar, sie können den Boden bereiten für – progressive wie regressive – Transformationen, aber es gibt in Krisen keinen Automatismus. Wendepunkte und Kehrtwenden in der politisch-ökonomischen Entwicklung gab es historisch nur bei starken Gegenkräften und Gegengewichten sowie der Existenz einer Gegenstrategie. Damit Transformationen stattfinden, braucht es alternative Ideen, Vorstellungen und Ziele für die weitere Entwicklung, und es braucht eine umfassende Politisierung und kollektives politisches Handeln. Es geht in Krisen und Transformationsprozessen um den Kampf um politische Hegemonie, um die Erringung politischer Mehrheiten. Dazu braucht es transformationswillige Akteure, einen hegemoniefähigen „historischen Block“. Und es braucht ein positives Narrativ, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft muss stärker sein als die Furcht vor Veränderung und der Wunsch nach Stabilität und Erhalt des Status quo (ante). Insgesamt sind die politischen, sozialen und ökonomischen Macht-, Kräfte- und Hegemonieverhältnisse entscheidend dafür, ob es zu einer Transformation kommt – und in welche Richtung diese geht.

Literatur

- Altwater, Elmar. 2010. *Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bischoff, Joachim. 2009. *Jahrhundertkrise des Kapitalismus. Abstieg in die Depression oder Übergang in eine andere Ökonomie?* Hamburg: VSA.
- Blühdorn, Ingolfur. 2020. Das Virus der Nicht-Nachhaltigkeit. SARS-CoV-2 und die postdemokratische Wende. In *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Hrsg. Michael Volkmer und Karin Werner, 229–240. Bielefeld: Transcript.
- Crouch, Colin. 2011. *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Dörre, Klaus. 2009. Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus. In: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Klaus Dörre, Stephan Lessenich und Hartmut Rosa, 21–86. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dörre, Klaus. 2020a. Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft. *Berliner Journal für Soziologie* 30(2):165–190.
- Dörre, Klaus. 2020b. Die Corona-Pandemie. Kein Sprungbrett in eine Postwachstumsgesellschaft. In *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*, Hrsg. Michael Volkmer und Karin Werner, 311–322. Bielefeld: Transcript.
- Fratzcher, Marcel. 2020. „Der letzte Sargnagel für den Neoliberalismus“.
<https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-krise-di-w-chef-marcel-fratscher-sieht-sargnagel-fuer-den-neoliberalismus-a-9498047e-9d8d-4c1a-a88d-9f688962d3e4> (Zugegriffen: 13. Januar 2021).
- Gramsci, Antonio. 1993. *Gefängnishefte. Band 5. Hefte 8–9*. Hamburg/Berlin: Argument.
- Gramsci, Antonio. 1994. *Gefängnishefte. Band 6. Hefte 10–11*. Hamburg/Berlin: Argument.
- Gramsci, Antonio. 1996. *Gefängnishefte. Band 7. Hefte 12–15*. Hamburg/Berlin: Argument.
- Heinze, Rolf G. 2009. *Die Rückkehr des Staates? Politische Handlungsmöglichkeiten in unsicheren Zeiten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Koselleck, Reinhard. 1982. Krise. In *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3*, Hrsg. Otto Brunner, Werner Conze und Reinhard Koselleck, 617–650. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Lessenich, Stephan. 2020. Soziologie – Corona – Kritik. *Berliner Journal für Soziologie* 30(2):215–230.
- Lipietz, Alain. 1998. *Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*. Berlin/Hamburg: Argument.
- Luhmann, Niklas. 1991. Am Ende der kritischen Soziologie. *Zeitschrift für Soziologie* 20(2):147–152.
- Marx, Karl. 2008. *Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Dritter Band. Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion*. Herausgegeben von Friedrich Engels. In: Marx-Engels-Werke Band 25 (MEW 25). 16. Auflage. Unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1964. Berlin: Karl Dietz.
- Mirowski, Philip. 2015. *Untote leben länger. Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist*. Berlin: Matthes und Seitz.
- Nassehi, Armin. 2012. Der Ausnahmezustand als Normalfall. Modernität als Krise. *Kursbuch* 170:34–49.
- Papst Franziskus. 2013. Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium.
https://w2.vatican.va/content/francesco/de/apost_exhortations/documents/papa-francesco_esortazione-ap_20131124_evangelii-gaudium.html (Zugegriffen: 6. Januar 2021).
- Polanyi, Karl. 2013. *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. 10. Auflage*. Berlin: Suhrkamp.
- Prisching, Manfred. 1986. *Krisen. Eine soziologische Untersuchung*. Wien, Köln, Graz: Böhlau.
- Raether, Elisabeth et al. 2020. Brauch' ich das? <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-05/konsum-kapitalismus-coronavirus-wirtschaftskrise-globalisierung/komplettansicht> (Zugegriffen: 13. Januar 2021).

- Reckwitz, Andreas. 2018. *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. 5. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Skidelsky, Robert. 2010. *Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert*. München: Antje Kunstmann.
- Steg, Joris. 2019. *Krisen des Kapitalismus. Eine historisch-soziologische Analyse*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Steg, Joris. 2020a. Was heißt eigentlich Krise? *SOZIOLOGIE* 49(4):423–435.
- Steg, Joris. 2020b. Normale Anomalie. Die Coronakrise als Zäsur und Chance. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 65(6):71–79.
- Tooze, Adam. 2018. *Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben*. München: Siedler.